

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 4-spaltige Zeile 1,50 Mk. von anwärter 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 2.— Mk. von anwärter 2.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 26

Dienstag, den 1. Februar 1921

12. Jahrgang

Erdrösselung statt Wiedergutmachung.

Das Wiedergutmachungsdiktat.

Berlin, 31. Jan. Die Vereinbarung zwischen den alliierten Mächten zur Regelung gewisser Fragen hinsichtlich der Ausführungen des Friedensvertrages von Versailles hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1: Um die Verpflichtungen, welche die Artikel 231 und 232 des Vertrages von Versailles Deutschland auferlegt haben, zu erfüllen, hat Deutschland weiter außer den Rücklieferungen, welche es gemäß Artikel 238 zu bewirken hat und außer allen Verpflichtungen des Friedensvertrages zu zahlen:

1. Feste Annuitäten, je zur Hälfte am Ende eines jeden Halbjahres zahlbar und wie folgt bestimmt: a) Zwei Annuitäten von zwei Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1923; b) drei Annuitäten von drei Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1926; c) drei Annuitäten von fünf Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1926 bis 1. Mai 1929; d) drei Annuitäten von fünf Milliarden Goldmark vom 1. Mai 1929 bis 1. Mai 1932; e) 31 Annuitäten von sechs Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis 1. Mai 1963.

2. 42 Annuitäten, welche vom 1. Mai 1921 zu laufen beginnen, je zwölf Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gleichkommen, von dem Ertrag dieser Ausfuhr vorweg erhoben werden und in Gold zwei Monate vor Ablauf jedes Halbjahres zu zahlen sind.

Um die volle Ausführung vorstehender Bestimmungen zu 2 sicher zu stellen, werde Deutschland der Reparationskommission alle Erleichterungen gewähren, um den Ertrag der deutschen Ausfuhr festzustellen und die hierfür notwendigen Überwachungen einzurichten.

Artikel 2: Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission unverzüglich auf den Inhaber lautende Bons ausstellen, welche an dem im Artikel 1 Ziffer 1 der vorstehenden Vereinbarungen vorgesehene Fälligkeitstage zahlbar sind und deren Betrag gegen die Halbjahrsbeträge, welche in Anwendung des genannten Paragraphen zu zahlen sind, gleichkommen sollen. Der Reparationskommission werden Anweisungen erteilt werden, um denjenigen Mächten, die es wünschen, die Begebarkeit (Mobilisation) des ihnen nach dem zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen zukommenden Anteile zu erleichtern.

Artikel 3: Deutschland kann den im voraus bestimmten festgelegten Teil seiner Schuld stets im voraus zahlen. Die Vorauszahlungen, welche es leisten wird, werden dazu verwendet werden, die letzten Annuitäten sowie die in Artikel 1 Ziffer 1 bestimmten zu ermäßigen. Diese Annuitäten werden zu diesem Zweck bis zum 1. Mai 1923 mit acht Prozent vom 1. Mai 1923 bis zum 1. Mai 1925 mit sechs Prozent, vom 1. Mai 1925 mit fünf Prozent diskontiert werden.

Artikel 4: Deutschland darf weder mittelbar noch unmittelbar irgendeine Kreditpolitik außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen. Diese Bestimmung findet auf die Reichsregierung, die Regierungen der deutschen Länder, auf die deutschen Provinzial- und Gemeindefürsorgebehörden und auf diejenigen Gesellschaften und Unternehmungen, welche von solchen Regierungen oder Behörden überwacht werden, Anwendung.

Artikel 5: In Anwendung des Artikels 248 des Vertrages von Versailles haben alle Güter und Einnahmequellen des Reiches und der Länder der Sicherstellung einer reibenden Ausführung der in der gegenwärtigen Vereinbarung getroffenen Bestimmungen durch Deutschland zu dienen, der Ertrag der deutschen Oed- und Moorländerereien einschließend insbesondere des Ertrages aller Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und aller Nebenabgaben, durch ein besonderes Amt für die Durchführung der gegenwärtigen Vereinbarung. Keine Veränderung in der Zollgesetzgebung oder in der Verwaltungsbestimmung Deutschlands, die geeignet ist, den Ertrag der Zölle zu vermindern, darf ohne Zustimmung der Reparationskommission vorgenommen werden. Die Gesamtheit der deutschen Zolleinnahmen wird für Rechnung der deutschen Regierung durch einen Generalzolleinnehmer für die deutschen Zölle vereinbart werden, der von der deutschen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission ernannt werden darf.

Falls Deutschland eine in der gegenwärtigen Vereinbarung vorgesehene Zahlung unterlassen sollte, kann erstens die Gesamtheit oder ein Teil des Ertrages der deutschen Zölle in der Hand des Generalzolleinnehmers für die deutschen Zölle durch die Reparationskommission beschlagnahmt werden und von ihr zur Erfüllung derjenigen Verpflichtungen verwendet werden, die Deutschland zu erfüllen unterlassen hat. In diesem Falle kann die Reparationskommission, wenn sie es für nötig hält, die Verwaltung und die Vereinnahmung der

Zolleinnahmen selbst übernehmen, zweitens kann die Reparationskommission die deutsche Regierung auffordern, die Tarife zu erhöhen oder zur Vermehrung ihrer Einnahmequellen andere von dieser Kommission für unumgänglich erachtende Maßnahmen zu treffen. Drittens: Wenn diese Aufforderung ohne Erfolg bleiben sollte, so kann die Kommission die Tatsachen der Nichterfüllung der deutschen Regierung förmlich festlegen und diese Sachlage den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächten anzeigen die dann die von ihnen für gerechtfertigt erachteten Maßnahmen treffen werden. Geschehen in Paris am 29. Januar 1921. Gezeichnet: Henri Jaspar, Dr. Lloyd George, Mr. Briand, C. Esforza, R. Ishii.

Berlin, 31. Jan. Der Reichstag nahm heute eine Mitteilung des Reichsministers Simons über die Wiedergutmachungsnote entgegen. Hiermit wurde die Sitzung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr vertagt. Als einziger Punkt soll eine Erklärung der Reichsregierung zu den neuen Forderungen der Entente auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Amtlich, Berlin, 31. Jan. Das Reichskabinett trat unter Vorsitz des Reichspräsidenten heute um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete Bericht über die Note des Obersten Rates vom 29. d. Mts. Für heute nachmittag ist für die Beratung der Note eine zweite Kabinettsitzung anberaumt worden.

Berlin, 31. Jan. Das Reichskabinett setzte heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Besprechung der Note des Obersten Rates fort. Morgen vormittag wird der Reichsminister des Auswärtigen die Fraktionsführer empfangen. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt im Laufe des morgigen Vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Berlin, 31. Jan. In der mit der Entwaffnungs- und Reparationsnote übergebenen Mantelnote wird mitgeteilt, daß bevollmächtigte Delegierte der deutschen Regierung eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen.

Berlin, 31. Jan. Vor der morgigen Reichstagsitzung wird der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammenzutreten, und Minister Simons wird sowohl vor ihm wie auch vor den Fraktionsführern Erklärungen abgeben. Reichsfinanzminister a. D. Gothein erscheint im „Tageblatt“, daß der deutsche Ausfuhrzoll bestenfalls jährlich 0,6 Milliarden Goldmark erbringen kann. Den künftigen Ertrag der deutschen Einfuhrzölle schätzt er allerhöchstens auf 400 bis 450 Millionen Goldmark. Mit den Ausfuhrzöllen zusammen würden sie einen Bruttoertrag von rund einer Milliarde Goldmark ergeben, also die Hälfte dessen, was die Entente schon im ersten Jahre verlangt. Davon gehen aber noch die Kosten der Grenzbeachtung und des ganzen Zolldienstes ab, die Gothein auf mindestens 15 Proz. des Ertrages veranschlagt.

Im „Vorwärts“ heißt es: Eine Regierung, die die Pariser Vorschläge annimmt, würde sich in Widerspruch stellen zur Meinung ganz Deutschlands. In ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält.

Die „Freiheit“ kommt nach einer Prüfung der in Paris aufgestellten Zahlen vom ökonomischen Standpunkt zu der Antwort, daß die Erfüllung dieser Zahlung undurchführbar ist.

Im „Hamburger Echo“ werden die Resultate der Pariser Konferenz als ein „Verbrechen am Weltfrieden“ bezeichnet. Weiter schreibt unser Parteiblatt: „Die Erfüllung der Forderungen der von Frankreich inspirierten Pariser Konferenz ist mit einem wirtschaftlichen Weiterleben Deutschlands nicht vereinbar, geschweige denn mit einem Weiteraufleben; ihre gewalttätige Durchsetzung bedeutet den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und das Ende seiner politischen Selbständigkeit überhaupt.“

Paris, 31. Jan. Das Begleitschreiben Briands zu den Beschlüssen der Konferenz erinnert daran, daß die alliierten Regierungen dadurch, daß sie zu wiederholten Malen in eine Verlängerung der Fristen zu den Entwaffnungen eingewilligt hätten, den Schwierigkeiten Rechnung getragen hätten, auf die die deutsche Regierung bei der Ausführung der ihr aus dem Friedensvertrage obliegenden Verpflichtungen gestoßen sei. Die Alliierten geben der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung sie nicht in die Notwendigkeit versetzen werde, von neuem die erste Lage ins Auge fassen zu müssen, die dadurch geschaffen werden würde, wenn Deutschland neuerdings gegen seine Verpflichtungen verstoßen sollte.

Die Krise des Kommunismus.

Der offene Brief der B. K. P. D. an die politischen ... gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sollte die Einleitung zu einer geheimnisvollen „großen Aktion“ bilden. Am 9. Januar wurde der Brief erlassen, bis zum 13. sollte man sich zu ihm geäußert haben, andernfalls würde, wie in geheimnisvollen Andeutungen zu erkennen gegeben wurde, die B. K. P. D. allein vorgehen. Womit und wohin, blieb freilich unklar. Jetzt brüllt die kommunistische Presse, brüllen die Fleisch gewordenen Grammophone in allen Versammlungen, die Sozialdemokratie habe schon wieder einmal — zum wievielten mal? — die Arbeiter verraten, da sie ihre Bereitwilligkeit, auf die geheimnisvolle Aktion der Kommunisten einzugehen, verweigert habe.

Inzwischen erfährt man, daß der B. K. P. D. von ganz links her genau dasselbe angetan wird, was sie selber uns anzutun gedachte. Die „Kommunistische Arbeiterpartei“ und die syndikalistische Arbeiterunion haben an die B. K. P. D. gleichfalls einen „offenen Brief“ gerichtet, worin die Ledig und Däumling gefragt werden, ob sie mit „aktive Solidarität“ halten wollen. Die B. K. P. D. hat aber auf diese lebenswürdige Einladung, den Kopf in die fertige und eingeseifte Spießschlinge zu stecken, gar nicht geantwortet. Darüber ist nun die kommunistische Arbeiterpartei, das „Inimpathisierende Mitglied“ der dritten Internationale, in helle Wut geraten. Ihr Organ, die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, erklärt, die Kommunisten wollten nicht den Kampf, sondern den Parlamentarismus, und ihr offener Brief sei gar nichts anderes gewesen als ein ganz grober Wahlschwindel. In Moskau wolle man aber Laten sehen und nicht ein bloßes Maultrommelfeuer. Der Artikel des linkskommunistischen Organs schließt mit der geharnischten Drohung: „Unser Delegierter hat die Pflicht, auf ihren Ausschluß aus der dritten Internationale zu dringen.“ Die Situation ist in ihrer Verfahrtheit doch ziemlich übersichtlich. Die Kommunisten haben den Moskauer Machthabern auf der einen Seite die Revolution versprochen. Heute aber sehen sie ein, daß sie viel mehr versprochen hatten, als sie halten können und daß ihnen gar nichts anderes übrig bleibt als entweder ins Verderben zu rennen oder ihre Gläubiger durch leere Versprechungen und Hinhaltungen zu betrügen.

In Frankreich ist auf Moskauer Befehl die einige Sozialistische Partei zerbrochen und eine neue kommunistische Partei gebildet worden. In Italien war die ganze Partei bis auf geringe Reste schon kommunistisch und schwor auf die 21 Punkte, aber das half ihr nichts, sie wurde auf Moskauer Befehl ebenfalls gespalten, und ein Viertel von ihr konstituierte sich als rein kommunistische Partei. Die reinen Kommunisten in Frankreich und Italien denken gar nicht daran, Revolution zu machen; sie sagen, wenn sie das nicht könnten, so seien die weniger reinen Kommunisten daran schuld. Dasselbe Irrsinntheater wird jetzt auch bei uns aufgeführt.

Vom Propheten zum Schwindler ist bekanntlich nur ein kleiner Schritt. Vor zwei Jahren waren die Kommunisten Revolutionspropheten, heute sind sie aber weder nichts mehr als Revolutionschwindler, und werden als solche von den Leuten, die noch dem alten Glauben treu geblieben sind, rüchlos entlarvt. Darin haben die Leuten von der kommunistischen Arbeiterpartei ganz recht: Die kommunistischen Führer in Deutschland haben längst verlernt, an die Weltrevolution als an ein in irgendeiner nahen Zeit erreichbares Ereignis zu glauben. Sie sagen zwar noch ihre alten Sprüche her, sie wagen es nicht immer, die Dumtheiten ihrer überfrühen Anhänger zu bremsen, aber ihr ganzes Verhalten ist der beste Beweis dafür, daß sie gewalttätige Lösungen nicht mehr wünschen, sondern vielmehr — angesichts des gegebenen Kräfteverhältnisses mit Recht — fürchten, und daß sie auf dem besten Wege sind, sich zu einer parlamentarisch-demokratischen Partei zu entwickeln, wie die andern Parteien es eben auch sind.

Man kann einwenden, daß sich an dem Schicksal des Kommunismus nur jenes der alten Sozialdemokratie wiederhole. Auch diese hätte in früheren Jahren viele Feuertöpfe in ihren Reihen, die von dem Herannahen einer gewaltigen und gewalttätigen Wendung im Klassenkampf überzeugt waren, und erst nach dem allmählichen Verschwinden solcher Illusionen habe die Sozialdemokratie den Weg zu einer praktischen Arbeiterpolitik gefunden. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber durch diese Entwicklung der Sozialdemokratie ist etwas geworden, was bis dahin in der Welt noch nicht bestand. Der Kommunismus kann durch eine ähnliche Mauerung seine Existenz als besonderes Parteiwesen nicht behaupten, sondern er muß durch sie unweigerlich dort ankommen, wo die Sozialdemokratie jetzt schon ist. Der Kommunismus bedeutet auf solche Weise nicht, wie einst die Entstehung der Sozialdemokratie, den Anfang von etwas ganz Neuem; er geht durch den Verfall seiner Revolutions-

romantisch der Selbstvernichtung entgegen, und die Sozialdemokratie wird seine Erbin sein.

Anschließend wird man dann sagen können, dem Kommunismus sei es nicht gelungen, seine eigenen Methoden zu entwickeln. Das einzige, was er zustande gebracht habe, sei die Stärkung des proletarischen Befreiungskampfes nach den Methoden der Sozialdemokratie. Das ist seine Tragödie und seine Schuld.

Gläubiger- und Schuldnerstaaten.

Deutschland, Frankreich — Gläubigerstaaten vor dem Kriege, jetzt Schuldnerstaaten. Umgekehrt die Vereinigten Staaten von Amerika, welche während des Krieges, besonders aber nach dem Waffenstillstand, als Schuldnerstaaten Gläubiger geworden sind. Die Vereinigten Staaten haben den allierten Mächten im Kriege ungefähr 10 Milliarden Dollar geborgt; Privatbanken und Unternehmungen in den Vereinigten Staaten haben im Kriege und seit dem Waffenstillstand an europäische Regierungen 300 Millionen Dollar geliehen („Frankfurter Zeitung“ 28. Okt. 1920). Stellen wir dem die Verankerung des gemeldeten französischen Finanzmittels 200 Millionen entgegen („Economic“, 11. Dez. 1920), was nach Frankreichs Schulden das Ausland 83 Milliarden Franken beträgt. Diese Zahlen sind nur zufällig zusammengefaßt. Wir haben nicht die Absicht, einen Heberbild über die Verschuldung der einzelnen Staaten zu geben. Diesem steht es uns fern. Den wirtschaftlichen Sinn und die Wirkungen dieser Tatsache ins Auge zu fassen.

I. Wie wird ein Staat — Gläubigerstaat?

Eine große Anzahl von historischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen ist dafür verantwortlich zu machen, welche wir hier nur andeuten können. Die günstige Bodenbeschaffenheit, das Vorhandensein von Naturerzeugnissen, eine Vollständigkeit ebenso in die Lage Werte aus Ausland zu ziehen, wie die industrielle Entwicklung, die hochgradige Organisation der Industrie, letztere bedingt die Akkumulation des Kapitals, welche nur teilweise im Inland verwendet wird. Die günstige geographische Lage hatte England in den Stand gesetzt, als Weltmächtler große Reichthümer zu erwerben, und dabei als Handelsfaktor der Welt in Gestalt von Frachten das Ausland für sich zu besteuern. In letzter Zeit wurde ihm diese Rolle von den Vereinigten Staaten streitig gemacht, indem auch die letzteren sich eine große Handelsflotte ausgebaut hatten. Eine imperialistische Politik, welche ihren Unterbau in den beherrschten Ländern durch Gewaltmittel und Völl in Form von Konzessionen, Versicherungen usw.) große Vorteile aufkommen läßt, wirkt auch mit, um einen Staat zum Gläubiger anderer zu machen. Endlich brachte der Weltkrieg entscheidende Veränderungen: aus Gläubigerstaaten (Deutschland, Frankreich) sind Schuldner, aus Schuldnerstaaten (Vereinigte Staaten von Amerika). Der Grund dafür liegt auf der Hand: während die ersten ihre Arbeitskraft und ihr Material für unproduktive Kriegszwecke verwendeten, lieferte Amerika, welches nur relativ spät in den Krieg eintrat, Waren und Munition; die Alliierten wurden mit dem Gegenwert belastet.

II. Die Formen der Verschuldung.

1. Der Staat oder einzelne Angehörige des Staates (Privat) betoren Kapitalien an ausländische Staaten, Kommunen oder Private, wobei sie die vereinbarten und in der Regel hohen Zinsen f. üben.

2. Sie verkaufen Waren an das Ausland, das den Kaufpreis schuldet.

3. Sie legen ihre überflüssigen Kapitalien im Ausland in einer Weise an, daß sie dort selbst Unternehmungen gründen oder bereits vorhandene abkaufen, oder aber Anteile an ausländischen Unternehmungen erwerben. Die Formen und die Methoden der Kapitalübertragung sind mannigfaltig; sie bedürfen einer besonderen Besprechung.

4. Endlich erwähnen wir die Kriegsschuldung als eine für die besetzten Länder gewaltige Quelle der Verschuldung.

III. Wirkung der Verschuldung für die Gläubigerstaaten.

Der Schuldner muß bezahlen — wenn er kann! Die Bezahlung kann im internationalen Weltverkehr — und darum eben handelt es sich hier — für die Dauer nur in Waren erfolgen; der Schuldner muß mit Waren bezahlen. Wenn er nicht genug erzeugt, um die Waren in Zahlung liefern zu können, dann muß der ausländische Gläubiger ihm den Betrag leihen, was regelmäßig in Form von Anleihen geschieht. Dies kann jedoch nicht bis in die Unendlichkeit geschehen; die neuen Anleihen müssen doch wieder vergütet werden, also noch mehr Waren müssen als Verzahlung an den Gläubiger geben. Letzterer muß also ernstlich leben, daß er die Rechnung bezahlt bekommt. Das tut er auch, und Frankreichs verweigerter Passiv gegen Rußland ist in erster Reihe auf das Verlangen des französischen Kapitalisten und Kleinbürgers, an welchen das frühere Rußland verfallen war, zurückzuführen, die Schuld getilgt zu haben oder wenigstens darauf helfen zu können.

Wenn aber die Zahlung durch Warenlieferungen erfolgt, entzieht eine Konkurrenz im Gläubigerlande. Die Kapitalisten kränken sich dagegen und möchten den Markt durch Schutzzölle in der neuesten Phase der Weltwirtschaft durch anderweitige Einschränkung der Einfuhr — möglichst verschärfen. Es ist da ein auffälliger Widerspruch: der Schuldner wird als Zahlung verhindert! Wenn er seine Waren als Zahlung nicht ausführen kann, wird keine eigene Erzeugung auch sinken; dies in eine weitere Folge.

Die Verschuldung verschlechtert die Wohn des Schuldnerstaates. Dies ist begrifflich, wenn wir bedenken, daß der Schuldnerstaat zuerst Waren ohne Gegenwert ausführen muß, um seine Schulden bzw. die Zinsen zu tilgen. Den Gegenwert hatte er unter Umständen schon früher empfangen. Schlechter Wohn fördert aber bekanntlich den Export. Das also ist ein zweiter Widerspruch in diesem kapitalistischen System: dem Gläubigerstaat erwächst wegen der schlechten Wohn des Schuldnerstaates — welche teilweise der Verschuldung zuzuschreiben ist — eine schwere Konkurrenz.

IV. Die Arbeiter im Gläubigerstaat.

Wie gestaltet sich die Lage des Arbeiters im Gläubigerstaate, wenn wir nur diesen einzigen Umstand ins Auge fassen und alle übrigen, von denen das Wohl des Arbeiters abhängt, vorläufig außer Acht lassen? Es sind die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Preise und der Löhne zu untersuchen; das Verhältnis der beiden letzteren bildet den Reallohn, der für die Lebenshaltung des Arbeiters entscheidend ist.

Auf die Arbeitslosigkeit weist der Umstand, daß große Kapitalien ins Ausland geschafft werden, ungünstig; es werden weniger Arbeiter im Inland beschäftigt, als ohne die Kapitalienausfuhr möglich wäre. Gelegentlich der gegenwärtigen Krise wird z. B. in Frankreich darüber geklagt, daß für die Wiederherstellung Nordfrankreichs nicht genug Kapital zur Verfügung steht, weil die Kapitalisten ihre überflüssigen Kapitalien in besser rentierenden kolonialen Unternehmungen anlegen. Diese Verschlechterung des inländischen Arbeitsmarktes kann unter Umständen durch rasch zunehmende Akkumulation des Kapitals weitgemacht werden; der Haupttendenz nach bleibt jedoch die Kapitalübertragung für die Arbeitslosigkeit des Arbeiters im Gläubigerlande ungünstig.

Die Preise der Bedarfsartikel werden durch die Kapitalausfuhr im Gläubigerlande nicht billiger. Falls diese Kapitalien produktiv angelegt sind — was nicht immer der Fall ist, denn diese werden sehr oft für Beschaffung von Kriegsmaterial, Maschinengewehren usw. geliehen —, dann erfolgt ein Anstieg des Weltmarktpreises, welcher aber den Vätern aller Länder gleichermaßen zugute kommen kann. Wenn der Gläubigerstaat ein Schutzollstaat ist, so werden die Preise eben dort am höchsten sein, und der Arbeiter hat die hohen Preise zu bezahlen.

Und was die Löhne? Man sollte meinen, daß die Löhne im Gläubigerstaate höher sind als anderwärts, weil die Kapitalisten — indem sie weniger Steuerlasten zu tragen haben, als in einem Schuldnerlande, und indem ihnen große Einkünfte aus fremden Ländern zufließen —, in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen. Es ist aber keineswegs feststellbar, daß dies tatsächlich der Fall ist. Deutschland war z. B. vor dem Kriege ein Gläubigerstaat, und der deutsche Arbeiter lebte dennoch schlechter als der Arbeiter in den Vereinigten Staaten, welche damals ein Schuldnerstaat waren. Und wenn eventuell auch die Löhne in den Gläubigerstaaten — auch die Reallohn — höher sind, so ist zu fragen, ob daran die Eigenschaften des Landes als Gläubiger einen Anteil hat. Es wäre schwer, auf diese Frage in Anbetracht der kapitalistischen Wirtschaftsform eine eindeutige Antwort zu geben. Soviel geht aber aus dem Gesagten hervor, daß im Gläubigerstaate die Kapitalistenklasse, und allem Anschein nach nur diese, die Vorteile genießt — auf Kosten der Länder, welche sich in der Lage des Schuldnerstaates befinden. (H.)

Deutschland und die polnische Wäuta.

Von unrichtiger Seite wird den P. P. R. geschrieben: Der Abgeordnete Breitheid hat nach Pariser Verhandlungen sich gegenüber einem Vertreter des „Rafin“ geäußert, daß Deutschland Millionen ausbebe, um die polnische Wäuta vollkommen zu entwerten. Diese Behauptungen sind augenscheinlich der polnischen Presse entnommen, die sich nur auf diese Weise den Tiefstand der polnischen Wäuta erklärt. Im „Gazette Krasnowski“ vom 15. Januar 1921 und im „Kurjer Warszawski“ sind die gleichen Behauptungen veröffentlicht. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich hier nur um ein Täuschungsmanöver handelt. Jeder auch nur einigermaßen Sachverständige weiß, daß derartige Wäutakäufe und Verkäufe nur vorübergehend den Wäutastand zu beeinflussen vermögen, niemals aber die Währung eines Landes dauernd entwerten können. Wenn die angeblichen Verkäufe der deutschen Regierung den Kurs werten, so müssen doch auch die angeblich unter Hergabe von Hunderten von Millionen bewirkten Käufe, da sie die Nachfrage nach polnischer Wäuta steigern, den Kurs heben. Aber von solchen Kurssteigerungen ist nichts zu hören, und daraus allein geht schon die Unfalschheit dieser Darstellung hervor. Wenn von polnischer Seite behauptet wird, daß keine sonstigen finanziellen und wirtschaftlichen Gründe die Tatsache erklären könnten, daß die polnische Wäuta heute viel schlechter stehe als im dem Moment, da die Bolschewisten von Warschau standen, so ist demgegenüber zu bemerken, daß der russisch-polnische Krieg und seine Folgen verheerend auf die polnische Wäuta eingewirkt haben. Anfang März 1920 stellte sich die polnische Wäuta auf über 60 Pfennige. Im August war sie auf unter 20 Pfg. gesunken. Wenn sie später noch weiter sank, so lag das vor allem daran, daß nach dem Rückzug der Russen die finanziellen Schwierigkeiten fortdauernden und sich noch steigerten. Ende März 1920 hatte die polnische Landesbankenschatze etwa 10,7 Milliarden polnische Wäuta ausgegeben; in der zweiten Hälfte des August war die Ausgabe auf 30,7 Milliarden gestiegen, und Ende Dezember waren rund 50 Milliarden Papiergeld ausgegeben worden. Unter solchen Umständen kann das Sinken der polnischen Wäuta keineswegs verwunderlich sein. Die phantastischen Unterstellungen der Polen sind vollkommen unnötig, denn die mitgeteilten Zahlen allein beweisen den natürlichen Tiefstand der polnischen Wäuta.

Deutsches Kulturleben in Lettland.

D. C. Der Ausschuh der Deutsch-baltischen Parteien in Riga veranstaltete im Februar eine allgemeine Sammlung zugunsten deutscher kultureller und sozialer Zwecke in Lettland, in erster Linie zur Ausgestaltung des deutschen Schulwesens. Aus dem Aufruf des Ausschusses geht hervor, daß die Zahl der der Verwaltung des deutschen Schulwesens unterstellten Schulen in Lettland vor einem Jahre 45 betrug und gegenwärtig bereits auf 82 gestiegen ist. Außer diesen 82 Schulen gibt es noch 6 deutsche Kindergärten und eine Volkshochschule, die von Frauen Deutsche höhere Fortbildungskurse trägt. Riga besitzt zurzeit 24 deutsche Schulen. Zur Ausgestaltung deutscher Lehrkräfte ist im Herbst vorigen Jahres in Riga ein höheres Lehrseminar eröffnet worden.

Die deutschen Schulen werden von 11 000 Schülern besucht; die Zahl der Lehrer beträgt 514.

Die Fehlbeträge im deutschen Reichshaushalt.

Berlin, 31. Januar. Im Reichsrat führte Ministerialdirektor Sachs zum Haushaltsetat aus, daß der ursprüngliche Etatsentwurf mit 2,5 Milliarden abschloße. Im ordentlichen Haushalt hielt er mit 39 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht, während beim außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden war. Dieser vermehrte sich unter Hinzurechnung des Fehlbetrages bei Post und Eisenbahnen um weitere 12 Milliarden, so daß es sich insgesamt um einen Fehlbetrag von 67 Milliarden handelte. Die Ergänzung für 1920 bringe eine weitere Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reichs für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen ist. Nach dem Ergänzungsetat hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistung zur Ausführung des Friedensvertrages schon jetzt auf 42,5 Milliarden Mark gesteigert. Allein die laufenden Kosten für die interalliierte Rheinlandkommission, die bisher mit 20 Millionen schon sehr hoch ausgeworfen waren, haben sich um weitere 95 Millionen Mark erhöht, betragen also jährlich die in ihrer Höhe kaum begriffliche Summe von 115 Millionen Mark. Zu Angaben über den Ergänzungsetat führte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der ungeheure Fehlbetrag von 79 Milliarden mit allen Mitteln strengster und rücksichtslosster Beschränkung der Ausgaben verhindert werden müsse. Der Augenblick sei da, wo mit der immer wieder verheißenden Einschränkung der Verwaltungsausgaben ernst gemacht werden müsse. Ob das, was zur Ausführung des Friedensvertrages weiter von uns gefordert werde, unserer Leistungsfähigkeit überhaupt noch entspreche, werde sich ja in aller nächster Zeit zeigen. Im einzelnen seien durch die Ergänzungsetats weitere Kreditermächtigungen im Betrage von 8,4 Milliarden notwendig, darunter für die Eisenbahnverwaltung 1,8 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post- und Telegraphenverwaltung wolle die Verwaltung einweilen aus verfügbaren Mitteln decken, im wesentlichen aus dem Postsparkverkehr. Ohne Erörterung wurde darauf der Hauptetat angenommen.

Das holländische Kreditabkommen.

Der schon am 11. Mai 1920 unterzeichnete „Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredit und Steinkohlen“ (sog. holländisches Kreditabkommen) ist nach langem Hin und her endlich am 28. Dezember 1920 ratifiziert worden. Er bietet beiden Vertragsparteien wesentliche Vorteile für die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und dürfte der Vorgänger für weitere derartige Verträge mit anderen Ländern sein. In den Hauptsachen ist sein Inhalt folgender:

Holland gewährt dem Deutschen Reiche einen Kredit von 200 Millionen Gulden auf 10 Jahre zu 6 Prozent verzinslich. Dafür hat Deutschland vom 1. Januar 1920 bis Ende 1923 mindestens 90 000 Tonnen Steinkohlen, Briketts und Koks monatlich zu We l t m a r k t s p r e i s e n zu liefern, zu deren Transport auf Verlangen Deutschlands holländische Transportmittel zu stellen sind. Als Pfand für den Kredit hat Deutschland Reichsschatzscheine in Höhe von 200 Millionen Gulden bei der Niederländischen Bank zu hinterlegen.

Der Kredit zerfällt in zwei Teile. Über die besondere Rechnung geführt werden. Der erste Teil beträgt 60 Millionen Gulden und dient zum Ankauf von Lebensmitteln in Holland. Auf die Rechnung dieses Teiles wird ein Viertel des Preises für die von Deutschland gelieferte Kohle bis zum Höchstbetrage von 20 Millionen Gulden gutgebracht. Dieser Lebensmittelkredit kann also schon in drei Jahren bis 1923 durch die Kohllieferungen allein abgedeckt sein, ohne später durch die Abwanderung deutscher Zahlungsmittel auf unjeren Devisenkurs zu drücken.

Der andere Teil des Kredits, also 140 Millionen Gulden, wird zum Ankauf von Rohstoffen verwendet. Diese Rohstoffe können aus beliebigem Lande, nicht etwa nur aus Holland, bezogen und auf dem herkömmlichen oder dem wirtschaftlichsten Transportwege eingeführt werden, jedoch in Anerkennung der holländischen Handelsinteressen, soweit möglich, über holländische Häfen. Durch diese Bestimmung dürften die holländischen Häfen von Amsterdam und Rotterdam ihre frühere Bedeutung für Westdeutschland wiedergewinnen und ihren schon durch die Abtretung von Elbaf-Lothringen schwer geschädigten belasteten Konkurrenzhäfen Antwerpen endgültig aus dem Felde schlagen. Auf die Rechnung dieses Rohstoffkredits wird gutgeschrieben der Erlös aus dem Export der hieraus hergestellten Fabrikate, so zwar, daß dieser Kredit in jeder Zeit bis zum Höchstbetrage von 140 Millionen Gulden neu beansprucht werden kann (sog. „revolving credit“, „fortlaufender Kredit“). Auch der Export der Fertigwaren kann nach beliebigem Lande erfolgen, ebenfalls eine sehr entgegenkommende Bestimmung, die der wirtschaftlichen Intelligenz des deutschen Kaufmanns freien Spielraum läßt. Die Verwaltung und Abrechnung des Rohstoffkredits erfolgt durch eine besondere Treuhänderorganisation mit je einem Staatskommissar, Bankiers, Industriellen und Großkaufleuten beider Länder.

Im Frühjahr des vorigen Jahres hieß es, die Entente erhebe gegen diesen Vertrag Einspruch, da Deutschland darin eine Lieferungsverpflichtung auf Kohlen übernehme, die vor den Kohlentributen an den Verband zu erfüllen nach dem Versailleser Vertrag unstatthaft sei, bzw. durch Einspruch der Wiedergutmachungskommission verhindert werden könne. Es heißt jedoch im Versailleser Vertrag ausdrücklich, daß die deutschen Lebensnotwendigkeiten (Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen) gesichert werden sollen. Man gewinnt in Ententekreisen inzwischen die Überzeugung gewonnen zu haben, daß die Sicherung der deutschen Lebensnotwendigkeiten die Voraussetzung für die deutsche Zahlungsfähigkeit überhaupt ist.

Neuwahlen in England im April.

London, 29. Jan. „Daily Mail“ sagt voraus, daß in England allgemeine Wahlen zu Beginn des Aprils stattfinden werden. Lloyd George habe die erforderlichen Instruktionen gegeben, damit die Koalitionsparteien sich für die Wahlkampagne vorbereiten können.

Danziger Nachrichten.

„Stadtfungen aufs Land.“

Zu diesem vor einigen Wochen veröffentlichten Aufruf des Leiters der Danziger Berufsberatungshilfe schreibt uns Genosse Rehberg, Kreisleiter des Landarbeiterverbandes:

„Ich fühle mich verpflichtet, zu dem so schmachhaft vorgelegten Aufruf den Lesern etwas vor Augen zu führen, das manchen einen zum Nachdenken über diesen Plan veranlassen dürfte. Seit einem Jahr haben sich die Arbeitgeber der landwirtschaftlichen Betriebe möglichst billige Arbeitskräfte zu beschaffen und die Löhne der Landarbeiter zu drücken. Durch das von Herrn Siegmeyer vorgeschlagene Lehrlingsystem in der Landwirtschaft dürfte den Landwirten die Verwirklichung dieser Absichten sehr erleichtert werden. Es ist sogar schon zu verzeichnen gewesen, daß einige Arbeitgeber ihre Landarbeiter entlassen haben, um dann mit Lehrlingen, meistens Stadtkindern, die keine Ahnung von der Landarbeit und den Verhältnissen in der Landwirtschaft haben, ihren Betrieb zu bearbeiten. Ob die Verdrängung der Landarbeiter zur Gebung unserer Volksernährung beiträgt, zumal die Arbeit durch die Lehrlinge doch sehr ungewissenhaft ausgeführt wird, muß stark bezweifelt werden. Ich bin in der Lage derartige Fälle, in denen anständige Landarbeiter entlassen wurden um Lehrlingen aus der Stadt Platz zu machen und diese dann allein die Arbeit leisten mußten, nachzuweisen. Der Verfasser des Aufrufes gesteht selbst ein, daß der größte Teil der Bauern nicht als Engel bezeichnet werden kann. Die Profittier steckt in ihnen, genau wie in jedem Menschen, der andere für sich arbeiten läßt. Deshalb darf man aber ihnen auch nicht die Jungen aus der Stadt ausliefern und unsere Landarbeiter, Familienväter, dadurch noch brotlos machen. Man muß einmal die Rückbildungen von Neuzugern vor sich haben und die länderliche Arbeitslosigkeit im Winterhalbjahr kennen, um das Elend, das die Hälfte der Landarbeiter durchzulassen hat, zu ermessen. Die Verhältnisse der Landarbeiter sind gewiß nicht so rosig, und wenn man sie in der Praxis kennen gelernt hat, wird man den Vätern von Lehrlingen aufs Land nur ablehnend gegenüberstehen können. Wenn wir tüchtige Landwirte erstehen wollen, so haben wir ganz gewiß unter den Landlungen auch genügend, die über hinreichende Befähigung verfügen, wenn auch die Volksschule auf dem Lande hinter denen der Stadt zurückbleibt, dafür lernt der Landjunge, der Sohn des Landarbeiters schon in seiner frühesten Jugend das Betrieb der Landwirtschaft kennen. Er wächst mit der Landwirtschaft auf, und ich glaube, daß aus diesen die besten Landwirte herangezogen werden können, wenn man sie nicht daran hindert. Unsere Landarbeiter sind mit Leib und Seele Landwirte. Man sollte nur dafür sorgen, daß sie und der länderliche Nachwuchs nicht daran gehindert werden, ihre Kraft der Allgemeinheit nützlich zu machen. Das Wohl der Allgemeinheit, und um dieses muß es sich bei der Erziehung des Volkes handeln, steht aber höher als die Interessen der Besitzer. Man soll auch nicht Schächeln bemitteilter Stadtbewohner als Kommandeure der Landarbeiter erziehen lassen wollen. Ein Junge, der sich ein paar Jahre die Arbeit in der Landwirtschaft anseht, wird einem alten Landarbeiter nichts lernen können. Deshalb muß jeder, der die Praxis kennt, mit recht geben, daß wir aus unsern Landarbeitern selbst die Leute heranziehen, die als Personen für leitende Stellen in der Landwirtschaft gebraucht werden. Der Weg muß ihnen jedoch frei gemacht werden.“

Wenn in dem Aufruf noch über die schlechte Lage der Inspektoren geschwieben wird, so will ich dazu nur sagen, daß die Inspektoren selbst Schuld daran haben. So lange sie ihre Hauptaufgabe darin erblicken, den Arbeitgebern behilflich zu sein, die Arbeiter ins alte Unterdrückungsjoch zu drücken, bleibt ihnen selbst wenig Zeit, um darüber nachzudenken, in welchen Verhältnissen sie sich befinden. Würden die Inspektoren die Landarbeiter mehr als Menschen achten, so würde es ihnen auch möglich sein, gemeinsam mit den Landarbeitern für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Das Mittel zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Inspektoren liegt

in dem Anschluß an den Ostdeutschen Verband, einer Sektion im Deutschen Landarbeiterverband. Die Landarbeiter sind bereit ihnen die Hand zu reichen und sollten sich die Herren durch ihren Allassendankel nicht an dem Zusammenschluß hindern lassen. Es gibt allerdings leider unter diesen Leuten einen großen Prozentsatz, die lieber hungern, als den Arbeitern die Hand reichen. Diese Leute haben sich also selbst die Schuld zuzuschreiben, wenn es ihnen schlechter geht wie manchem Arbeiter. Im Grunde genommen ist es jedoch wohl nicht so schlimm mit diesen Leuten, denn sonst würden sie ja mit und gehen. Wenn Herr Siegmeyer die Unterstützung der organisierten Landarbeiter erbittet, so ist ihm diese von uns gesichert. Jedoch können diese Probleme nur unter den Gesichtspunkten gelöst werden, daß der Allgemeinheit damit gedient, die erwachsene Landarbeiterschaft nicht brotlos gemacht und der Aufstieg unseres Wirtschaftslebens nicht darunter leidet.“

Den Bedenken des Genossen Rehberg wird eine starke Berücksichtigung zuerkennen werden müssen. Dem von der städtischen Berufsberatung vorgeschlagenen Plan, Stadtkinder als landwirtschaftliche Lehrlinge aufs Land zu geben, wird erst ernstlich näher getreten werden können, wenn sowohl die erforderliche Anzahl von Lehrlingen nicht selbst auf dem Lande aufgebracht werden kann und wenn vor allen Dingen Sicherheiten bestehen, daß die Lehrlinge nicht ausschließlich nur als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden und zur Verdrängung und Arbeitslosmachung der erwachsenen Landarbeiter beitragen.

Kuswärtige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Bereits im vergangenen Jahre zeigte sich in der Landwirtschaft der unerfreuliche Zustand, daß die Besitzer auswärtige Arbeitskräfte, zumeist aus Pommern, heranzogen, während ein Teil der im Freistaat ansässigen Landarbeiter beschäftigungslos war oder aus der Arbeit entlassen wurde. Wie in letzter Zeit Berichte vom Lande ergaben, beabsichtigen die Besitzer auch in diesem Jahre wieder Saisonarbeiter heranzuziehen und sollen sogar teilweise schon jetzt fremde Arbeitskräfte eingestellt und einheimische Arbeiter gefeuert worden sein. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages einen Antrag eingebracht, der das Verbot der Einwanderung und Beschäftigung fremder Arbeiter fordert. Die Heranziehung fremder Arbeitskräfte soll nur dann gestattet werden, wenn ein fühlbarer Mangel an Landarbeitern durch die Arbeitsnachweise festgestellt wird. Da der Appell an die Einsicht der Landwirte im vergangenen Jahre leider keinen Erfolg gezeitigt hat, so wird sich der Volkstag in seiner Mehrheit im Sinne des sozialdemokratischen Antrages entschließen müssen, wenn den einheimischen Arbeitern Lohn und Brot gesichert und ernsthafte Unzulänglichkeiten vermieden werden sollen.

Die Entschädigung Dr. v. Holtums abgelehnt. Der Entschädigungsanspruch Dr. v. Holtums wegen unbegründeter Festnahme im Juni v. Js. ist von der polnischen Regierung abgelehnt worden. Dr. v. Holtum hat nicht nur die Aufregung einer dreiwöchigen Ungewißheit und die Unbequemlichkeiten der Haft und Verhaftung bis weit nach Galizien auszuhalten gehabt, sondern hat auch während dieser ganzen Zeit aus seiner Tasche in dem teuren Polen leben müssen. Die polnische Regierung gibt, der „Brücke“ zufolge, in einem Schreiben an die deutsche Gesandtschaft in Warschau jetzt als Anlaß für die Verhaftung eine Ungenauigkeit des Passivums an und verweist den Antragsteller auf den Weg der Klage gegen den polnischen Fiskus bei einem pommerschen Gericht. Dr. v. Holtum bestreitet, daß sein Passivum Ungenauigkeiten aufgewiesen habe, denn der Passivum

war als Auslandspaß vom Landratsamt in Marienburg ausgestellt und mit den Bissen des polnischen Generalkonsulats in Marienwerder sowie der internationalen Kommission in Marienwerder versehen. Dr. v. Holtum wird seine Entschädigungsforderung auf diplomatischem Wege weiter verfolgen.

Der Ornithologische Vögel- und Geflügelzuchtverein Danzig, gegründet 1878, feierte am Sonnabend sein 42. Stiftungsfest. In seiner Begrüßungsansprache an die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste hob der 1. Vorsitzende, Zumbeller Richter, hervor, daß jetzt nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich ein Zusammenschluß sämtlicher Geflügel- und Kleintierzüchter des Freistaats ein unbedingtes Erfordernis sei. Er bat die Vertreter anderer Vereine, in diesem Sinne zu wirken. Nach der gemeinsamen Tafel trat der Humor in sein Recht, und Mitglieder wie Gäste wirkten eifrig in musikalischen, gesanglichen und humoristischen Vorträgen. Eine Gratisverlosung von lebendem Geflügel und Gegenständen verschiedener Art, ließ jeden Teilnehmer ein kleines Andenken an das wohlgeungene Fest mit nach Hause nehmen. In der vorausgegangenen Sitzung wurden 7 neue Mitglieder aufgenommen. Der Jahresbeitrag wurde auf 24 Mark erhöht, um dadurch einen Teil der für die auf November verlegte allgemeine Geflügelschau erheblichen Unkosten bereitzustellen. Gleichgültig wird geplant, dem Verein eine Unterabteilung für Kleintiere anzuschließen.

Kreis Danziger Höhe. Betrifft Schmalzverteilung. Um einen kleinen Restbestand zu räumen, wird Schmalz zum herabgesetzten Preise abgegeben. Bezugschein können von der Fettstelle, Dominikswall 12, in Empfang genommen werden.

Danziger Höhe. Ausgabe der Zuckerkarten für die Zeit vom 1. Februar bis Ende April 1921. Die in diesen Tagen zur Ausgabe gelangenden neuen Zuckerkarten haben im Gegensatz zu den früheren Karten nicht drei, sondern vier Abschnitte zu je 1/4 Kilogr. Zucker, so daß vom 1. Februar ab nicht 1 1/2 Pfd., sondern 2 Pfd. Zucker monatlich zur Ausgabe gelangen. Die ersten 1 1/2 Pfund stellen die übliche Monatskopfmenge dar, die nach wie vor zum Kleinhandels-Höchstpreise von 1,50 Mk. je Pfund abgegeben wird. Das dritte 1/2 Pfund stellt den Zusatzzucker dar, der zum Kleinhandels-Höchstpreise von 5,50 Mk. je Pfund oder 2,75 Mk. je 1/2 Pfd. abgegeben wird. Infolgedessen tragen die auf der rechten Seite der Zuckerkarte befindlichen Abschnitte die Bezeichnung „Zusatz-Zucker“.

Alba. Rentenquittungen. Die Ausgabe der Rentenquittungen erfolgt am Dienstag, den 1. Februar vom 8 bis 10 Uhr vormittags, in der Turnhalle, Jahnstraße 25.

Von Sonnabend, den 29. d. Mtz., ab kommen zum Verkauf: 250 Gramm Größe auf Marke 10 der grünen Nährmittelzulagekarten, Marke 6 der gelben und Marke 48 der lilafarbenen Nährmittelzulagekarten und 125 Gramm Größe auf Marke 20 der Nährmittelzulagekarten für Personen über 60 Jahre. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften: Hargenski, Pohlen, Freitag, Herke, Grass, Gekwig, Beamten-Konsum-Geschäft, Lohff, Moew, Franz Kronst, Bullmann, Pawlowski, Kuntel und Gedendorf. Der Kleinverkaufspreis für diese Größe beträgt 95 Pf. pro Pfund, da es sich um die Verteilung von Restbeständen handelt. Die in Empfang genommenen Karten sind von den Kaufleuten am Mittwoch, den 2. Februar, genau gezählt auf dem Lebensmittelamt einzureichen. Die Abholung der Größe muß daher von den Empfangsberechtigten bis zum 1. Februar, abends 6 Uhr, erfolgt sein.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

115) „Ach, Mutter, nach Bleuhof gehe ich nun schon Sterbensungenen.“ sagte das junge Mädchen. „Sie glauben nicht, wie komisch der Herr Inspektor mich immer ansieht! Und dann haben sie doch angebaut, und ich muß mütterseelenallein in dem Teil vom Hause schlafen, der noch neu ist. Es ist da so feucht und eine Lust ist, wie in einer Beihengruft. Ich graule mich da fast zu Tode.“

„Ach, geh! Was sollte dir denn da passieren?“ fragte Frau Birchner. „Ich finde es ja nicht recht von dem Herrn, daß er alles und alles dem Inspektor überläßt, damit er sich in Berlin amüsieren kann, aber die Mutter vom Inspektor ist ja noch ganz gut zu Wege, die hält doch auf Ordnung, und er ist ja auch ein tüchtiger Wirt.“

„Aber arg hinter den Wädeln ist er doch her, das müssen Sie doch zugeben, Mutter!“ rief Verta aus.

„Das stimmt ja“, gab Frau Birchner zu, „aber ein anständiges Wädel wird sich doch nicht verschleimen lassen. Schließlich nur immer deine Äre gut zu. Durchs Schlüsselloch kann er ja nicht kommen.“

„Am liebsten liebe ich ihr abgeben“, bemerkte Vertel ängstlich.

„Ne, das geht nicht“, versetzte Frau Birchner sehr bestimmt. „Ich hab der Madame versprochen, daß du kommst, und ich halte stets Wort. Sieh dich nur vor, dann kann dir nichts passieren.“

Vertas Aare Stiene bewilligte sich, aber sie sagte resigniert: „Na, wenn es denn sein muß! Aber das ist das letzte Mal, Mutter. Wenn ich mich jetzt sehr bedere, Mutter, dann darf ich dem Theodor nach Feierabend doch noch schnell antworten und den Brief der Botenfrau tragen, daß sie ihn morgen in die Stadt mitnimmt.“

„Ne, Vertel, wenn du nach Feierabend noch eine große Schreibung anfängst, dann geht die Mitternacht vorüber, ehe du ins Bett kommst“, versetzte Frau Birchner. „Es geht mir nicht um das Petroleum, das brauchst du nicht zu denken, aber wenn du nach Feierabend noch Stundenlang sitzt und simulierst, dann hast du morgen Kopfschmerzen und die Arbeit fällt dir blutflauer. Sinniere beim Nähen darüber nach, was du dem Theodor schreiben wirst, und Sonntag nach dem Aufwachen kannst du dich dann hinsetzen und den Brief schreiben.“

„Ach, liebste, goldene Mutterchen, die Botenfrau geht doch bloß Mittwoch und Sonnabend in die Stadt“, schmeichelte Verta. „Lassen Sie mich doch bald an Theodor schreiben.“

„Was Mittwoch hat der Brief schon Zeit“, sagte Frau Birchner entschieden, daß Verta keine weitere Bitte wagte. Vor der

Unterredung mit ihrer Mutter hatte Verta Herz vor Seligkeit schneller geschlagen, jetzt aber lastete eine Ahnung von kommenden Unheil auf ihr. Bedrückt arbeitete sie weiter. Dant ihrem rastlosen Fleiß waren die Arbeiten für die Baronin zur festgesetzten Zeit fertig. Verta packte alle Sachen sauber in ein Tuch und begab sich schwer beladen in das Schloß. Als sie dort ankam, empfing sie der Diener mit der Bitte:

„Gelt, Fräulein Vertel, Sie gehen ein paar Minuten zu der Mamsell. Nämlich die Pastern ist bei der Baronin. Er ist über der Predigt und sie hat ein geheimes Anliegen an die Baronin. Sie wissen ja, die Pastern kommt immer hinten rum, daß er nicht davon erfährt. Diesmal will sie seine Studienruhe neu gemacht haben, weil sie ganz verrückt ist. Na, ein Wunder ist das nicht, wo er den ganzen Tag wie ein Schornstein quajmt.“

„Da muß ich freilich warten bis die Pastern fortgegangen ist“, entgegnete Verta sehr verstimmt. „Ach, und ich habe mich so sehr beeilt, um zurecht zu kommen! Nun kann ich hier mühsig sitzen und zu Hause wartet die Arbeit auf mich.“

„Ein paar Minuten Ruhe können Sie sich getrost vergönnen“, erklärte der Bediente. „Sie haben es doch gar nicht nötig. Ich bin auch nicht unbemittelt. Ich habe von der Mutter dreihundert Taler, und wenn der Vater mal stirbt, fällt noch das Doppelte für mich ab. Hier in Friedland läte ein zweites Wirtschaftshaus not, und ich kriegte schon die Konzession.“

„War so lange kann die Pastern doch nicht bleiben“, mit den Worten schnitt Verta die vertraulichen Mitteilungen des Dieners ab. „Der Pastor wird doch kein Abendbrot verlangen.“

„Sonnabend abendbroten sie bei Pastern schon um sechs Uhr“, berichtete der Diener, „und nachher geht der Pastor gleich in seine Studienruhe und lernt seine Predigt. Kann sein, sie tut bis heute bleiben, und ich muß sie dann heimbegleiten. Dafür dankt sie sich dann sehr schön, aber ein Biergeld habe ich von ihr noch nicht zu sehen gekriegt. Fräulein Vertel, Sie sehen ja so finster aus!“

„Ich ärgere mich darüber, daß ich mich die ganze Woche so ungläublich geschunden habe, um jetzt hier mühsig zu gehen“, versicherte Verta. „Na, da gehe ich jetzt zur Mamsell, und Sie sind wohl so freundlich und rufen mich, wenn die Pastern geht!“

„Aber mit Wonne, Fräulein Verta“, versicherte der Diener und legte die Hand beteuert auf Herz.

Die Mamsell nahm die junge Schneiderin sehr freundlich auf und wollte sie mit Soudorke bewirten, aber Verta lehnte dankend ab. Kaum hatte die Mamsell die Torte wieder in den Schrank

gestellt, so schlich sich Frau Konrad wie eine Rabe in die Stube und sagte scheinheilig:

„Da bist du ja, Goldbertel! Aber über Sie auch, Mamsell. Sie lassen ja die liebe Bertel mit trockenem Munde sitzen!“

„Ich danke bestens für alles“, erklärte die junge Schneiderin. „Ich komme gerade vom Abendbrot.“

Das entsprach zwar nicht der Wahrheit, aber sowohl Bertel, wie die Mamsell wußten, daß die fromme Frau Konrad nur gekommen war, zu spionieren, und daß sie es brüchwarim der Baronin hinterbracht hätte, wenn Verta die Aufwarte angenommen hätte.

Die Frau Pastor ließ sich erbitten, der Frau Baronin beim Abendessen Gesellschaft zu leisten. Ihr Appetit war zwar sehr schwach, aber ihre Gesprächigkeit war desto reger. Sie erzählte von ihren Eöhnen und Töchtern, die Gottlob alle so gut geraten waren, kam dann auch ihre Schwiegereltern und -Söhne zu sprechen und so wurde es im Sandumdrehen zehn Uhr. Mit vielem Dank für den genussreichen Abend verabschiedete sich die alte Dame. Als sie sich entfernt hatte, sagte die Baronin sehr unwillig:

„Es ist doch heutzutage auf keinen Menschen mehr Verlaß. Ich hatte der Schneiderin den strengsten Befehl gegeben, die Sachen um sieben Uhr abzuliefern und sie ist noch nicht erschienen.“

„Selten zu Gnaden“, wendete die Jungfer ein, „die Schneiderin wartet bereits drei Stunden hier.“

„Sol“ gab die Baronin sehr kühl zurück. „Nun, jetzt ist es zu spät geworden. Ich kann die Sachen nicht mehr anprobieren. Sag ihr, sie soll morgen nach dem Vormittagsgottesdienst kommen. Sie soll mich aber nicht etwa warten lassen.“

Zu Befehl, Frau Baronin“, erwiderte die Jungfer, dann begab sie sich zu Bertel, um die Bestellung auszurichten. Sie war ein Friedenauer Kind und eine Schulfreundin von Verta, und sie setzte entrüstet hinzu:

„Du hast hier drei geschlagene Stunden lang gepakt, aber sie will morgen nicht eine Minute warten. Du hast die heute den Abend verbringt und mußt dir morgen den Vormittagsgottesdienst Chren schlagen. Die alte Pastern, die bloß quer durch den Park zu gehen braucht, dann ist sie fast zu Hause, die alte Schatulle muß heimbegleitet werden, aber du mußt allein durch das ganze Dorf laufen, und gerade jetzt, wo die Burschen aus der „Goldenen Sonne“ kommen und wo sie einen im Kopfe haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Fahrplanänderungen.

Vom 1. Februar ab ist der von Berlin über Stettin-Danzig nach Oppeln gehende Zug 21 im Preussischen Gebiet um 20 Minuten später verlegt. Er geht von Prenzlau um 5.50 (bisher 5.11), hält sich in Danzig von 7.24 bis 7.54 auf und trifft in Marienburg um 7.59 ein.

Der Abhang von Liegnitz 776 ist um 20 Minuten vorverlegt. Er geht von Liegnitz um 5.50 (bisher 6.07) ab und trifft in Schwandorf um 6.50, in Marienburg um 7.23 ein.

Bei der Strecke Danzig-Königsberg-Allenstein geht der nachtagsliche Personenzug 1081 um 6.17 (bisher 6.04) von Danzig ab.

Auf der Strecke Hohenstein-Coblenz ist wochentags ein neuer Personenzug ab Hohenstein 8.15, an Coblenz 8.25, an Coblenz 8.45, an Hohenstein 8.55.

Auf der Strecke Danzig-Oppeln geht der Personenzug 412 ab Danzig 7.35 (bisher 7.45), Zug 415 von Oppeln 8.25 (bisher 8.35).

Kommunalwahlen. Die Vertrauenspersonen des Vereins für evangelische Freiheit aus den einzelnen Kirchgemeinden hatten gestern eine Sitzung, in der die Kandidaturen besprochen wurden. Mit dem Ergebnis der Kandidaturen war man im allgemeinen zufrieden. Von anderer Seite war angeregt worden, auch die Wahlen der 6 Vertreter des Preussischen Landtages zu besprechen. In dieser Sitzung wurde darüber diskutiert, aber es wurde beschlossen, sich nicht an der politischen Diskussion zu beteiligen. Die Wahlberechtigung wurde sichergestellt, als man sich über gemeinsame Listen keine Meinungen erheben würde. Diese Liste hat nur 6 Kandidaten enthalten. Es wurde beschlossen, dass die gemeinsame Liste in den Gemeinden mit je 4 Namen aufgestellt wird. Die ersten beiden Namen sind die städtischen Kandidaten, die letzten beiden gehören der Nachbarkirche an. In den einzelnen Gemeinden soll die Kandidatenfrage weiter besprochen werden. 9 Beschlüsse wurden gemacht. Eine Reihe weiterer Beschlüsse konnten nicht zur Abstimmung kommen, darunter auch die Frage der Gewaltherhöhung der Kirchenbeamten, die die Gemeinden in erster Reihe angeht.

Aus den Gerichtssälen.

Der Mord an dem Studenten. Der Strafkommissar hat die Verhandlung über die Mordtat an dem Studenten in Danzig am 8. November nur zu dem Ergebnis kommen lassen, dass die Mordtat nicht durch den Angeklagten, sondern durch einen anderen Täter begangen wurde. Der Angeklagte ist schuldig und muss alle Schuld auf sich nehmen. Die Verhandlung über die Mordtat an dem Studenten in Danzig am 8. November nur zu dem Ergebnis kommen lassen, dass die Mordtat nicht durch den Angeklagten, sondern durch einen anderen Täter begangen wurde. Der Angeklagte ist schuldig und muss alle Schuld auf sich nehmen.

gestaltete sich aber wieder, dass er die Tat allein ausführte. Die Verhandlung über die Mordtat an dem Studenten in Danzig am 8. November nur zu dem Ergebnis kommen lassen, dass die Mordtat nicht durch den Angeklagten, sondern durch einen anderen Täter begangen wurde. Der Angeklagte ist schuldig und muss alle Schuld auf sich nehmen.

Verhaftung eines Diebes. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Diebstahls verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Diebstahls verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Im Streit über den Mord. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Mordes verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Mordes verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Unzulässige Vermietung einer Wohnung. Ein Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen unzulässiger Vermietung einer Wohnung verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Ein Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen unzulässiger Vermietung einer Wohnung verhaftet. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Verurteilung gegen einen Dieb. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Diebstahls verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Diebstahls verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

von den Hühnern auszuweichen und bis auf einen Mann und eine Frau durften sie wieder auf den Boden gehen. Der Mann und die Frau nötigte er mitzukommen, angeblich zur Polsterarbeit in der Werkstatt. Unterdessen verlangte er von ihnen Geld und drohte sie über den Boden zu schießen, wenn sie nicht zahlte. Sie zahlten nicht, weil sie kein Geld bei sich hatten. Der Angeklagte durchsuchte vergeblich ihre Taschen. Da sie kein Geld besaßen, hatte der Angeklagte an ihnen auch kein Interesse mehr und ließ sie laufen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis wegen Erpressung und Annahmehinziehung eines Kurses.

Verurteilung wegen Unterschlagung. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Unterschlagung verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Unterschlagung verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Schuldenschnitt bei einem Arbeiter. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Schuldenschnitt verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Schuldenschnitt verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Verurteilung wegen Betrugs. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Betrugs verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt. Der Arbeiter Paul Schmidt in Danzig wurde wegen Betrugs verurteilt. Er wurde auf 14 Tage in die Strafkammer verurteilt.

Bücherverkäufer.

Änderung in der Angestelltenbewegung von Bruno Süß. Verlag: Allgemeiner freier Angestelltenbund, Berlin NW. 52, Weststraße 7. Preis 3 Mark.

Die kleine Schrift enthält einen historischen Abriss über die Entwicklung der Angestelltenbewegung im ganzen und des Afa-Bundes im besonderen. Sie bietet nicht nur für die Angestellten selbst, sondern auch für Arbeiterführer, Sozialpolitiker und sonstige in der sozialen Bewegung tätigen Persönlichkeiten einen wertvollen Ratgeber über die junge aufstrebende Gewerkschaftsbewegung der Kopfarbeiter. Besonders eingehend wird das Verhältnis der Kopf- und Handarbeiter und ihre organisatorische Verbindung behandelt. Nach dem Plan des Afa-Bundes soll die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung ausgebaut und in drei große programmatische Stufen eingeteilt werden. Ueber die Einzelheiten des Organisationsplanes, die bisher geleisteten Vorarbeiten und die zum Programm vorkommenden Entwürfe ist der Schrift eine umfangreiche Materialsammlung beigegeben. Auch das vom Vorstand des Deutschen Werkmeister-Bundes zur Reorganisation des Afa-Bundes eingebrachte Material ist im Wortlaut mit abgedruckt.

Handschuhe Strümpfe Trikotagen
Recht billige Angebote!

Strümpfe

Damen-Strümpfe, sehr starkes Gewebe Hacke und Spitze verziert	8 50
Damen-Strümpfe, schwarz u. weiß, Baumw. Flor, doppelte Sohle und Ferse	9 75
Damen-Strümpfe, grau und lederfarbig, doppelte Hacke und Spitze	11 50
Frauen-Strümpfe, deutschlang, schw., gestr., haltbare Qualität	11 50
Damen-Strümpfe, schwarz u. lederfarbig, doppelte Sohle u. Hochferse	12 75
Damen-Strümpfe, schwarz u. weiß, Flor mit Seidegarn	16 50
Damen-Strümpfe, schwarz u. viele moderne Farben	17 50
Damen-Strümpfe, reine Wolle, schwarz, doppelte Hacke u. Spitze	24 50
Männersocken, gestr., Baumwolle 1 Paar	19 50
Männersocken, gestr., Baumwolle 1 Paar	6 75
Herrn-Socken, schwarz und verschiedene Farben	7 75
Männer-Socken, grau, starke Baumwolle, gestr.	8 75
Herrn-Socken, gestrickt, Wolle gemischt	15 50

Handschuhe

Damen-Handschuhe, Trikot mit farbigem Futter	12 75
Damen-Handschuhe, gestrickt, reine Wolle	14 50
Damen-Handschuhe, Trikot, innen geraut, braun und grau, Ia Qualität	18 75
Damen-Handschuhe, Wildleder-imitation mit elegantem Futter	19 50
Damen-Handschuhe, Wildleder-imitation, mit elegantem Futter, farbige Aufsicht	27 50
Damen-Handschuhe, Wildleder-imitation, besonders gute Qualität, hellgelb	36 50
Herrn-Handschuhe, Trikot, farbig, innen geraut	14 75
Herrn-Handschuhe, Wolle, gestrickt, mit gerautem Manschette	15 75
Ein Posten Beilhandschuhe, reine Seide, 60 cm lang	25 00

Kinder-Gamaschen, Zephyrwolle, weiß, schwarz, braun, marine, in allen Größen

Damen- und Herren-Tuchgamaschen, in vielen Farben, beste Ausführungen

Trikotagen

Herrn-Normal-Hemden, wollgemischt	39 50
Herrn-Peizutter-Hemden, besonders gute Winterqualität	59 00
Herrn-Normal-Hosen, wollgemischt	35 00
Herrn-Westen, Wolle, gestr., besonders gute Qualität	75 00
Damen-Hemdchen, gestr., feine weiße Baumwolle	37 50
Ein Posten Damen-Schlupfhosen, reine Wolle, in vielen Farben	42 50
Korsettschoner, gestr., feine weiße Baumwolle	7 75
Damen-Unterarmen, gestrickt, starkfädig, Baumw. o. Arm, 1/4 Arm, 19 50	14 50
Kinder-Anknöpfhöschen, gestr., Baumwolle	5 75
Kinder-Sweater in schönen Farben, starkes Baumwoll-Trikot	24 50
Kinder-Peiz-Trikots, beste Qualität, Größe 70	32 00
Ein Posten Sport-Stutzen, gestr., mit farbigem Rand	12 50

Kinder-Strümpfe
Wolle und Baumwolle in allen Preislagen.



Danziger Nachrichten.

Die Obdachlosmachung des Volkstages.

Trotz aller Verhandlungen und Beratungen hat sich in der Frage der Benutzung des Generalkommandos als Volkstagsgebäude über als Repräsentationswohnung des Oberkommissars Danzig noch kein Ausweg gezeigt. Die gestern vormittag stattgehabene Sitzung der Generalkommission mit dem Präsidium und dem Vizepräsidenten sowie den Vertretern der Parteien hat beschlossen, die Angelegenheit einer Verweisung des Volkstages zu unterbreiten. Wahrscheinlich wird dies in der für Donnerstag angelegten Sitzung erfolgen. Ob diese jedoch einen dem Konflikt näheren Beschluß fassen wird, erscheint fraglich, zumal Danzig bekanntlich die Entschädigung der Wählervereinskommission des Wählerbundesstreit herbeiführen will, wenn ihm das Gebäude nicht auf seinen Wunsch freiwillig eingeräumt wird. Diese etwas sehr verlässliche Stellungnahme des Oberkommissars ist allerdings sehr wenig dazu angetan, große Sympathien bei der Danziger Bevölkerung für ihn auszulösen. Sein beharrliches Festhalten an der Forderung auf Verweisung des Generalkommandos läßt auch sehr wenig von den Sympathien erkennen, die Danzig einer Auslassung der „Westfälischen Gazette“ zufolge für die Danziger Bevölkerung haben will. Diese Sympathien müßten in allererster Linie dann gegenüber der Verweisung zum Ausdruck kommen.

Die Aufrechterhaltung der Forderung auf Verweisung des Generalkommandos als Wohngebäude für den Oberkommissar bedeutet nichts anderes als die vollständige Obdachlosmachung des Volkstages. Einmal ist für das Parlament selbst kein geeignetes Tagungsort zu finden, so daß man schon die Verfassunggebende Versammlung trotz vielen Entschens nur behelfsmäßig im Landeshaus unterbringen konnte. Wenn Danzig sich weniger darüber Gedanken zu machen braucht wie und ob der Danziger Volkstag arbeitsfähig erhalten bleibt, so sollte ihm doch die von einem Engländer zu erwartende Achtung vor dem Parlament Veranlassung geben, seine persönlichen Wünsche hinter den parlamentarischen Erfordernissen zurückzustellen. Daß an eine weitere Unterbringung des Parlaments im Landeshaus nicht zu denken ist, geht auch aus einem Schreiben des Bureaupersonals des Volkstages hervor, das dem Präsidium des Volkstages unter Schilderung der Arbeitsverhältnisse im früheren Tagungsort die ordnungsgemäße Fortführung der Bureauarbeiten als eine Unmöglichkeit vor Augen führt. Die Hinüberführung des Volkstages aus dem Generalkommando wäre ganz abgesehen von den dann überflüssigerweise in den Umbau hineingekerkerten Mitteln eine besonders scharfe Bruchlinie der inneren Freiheit des Danziger Volkes, indem die von ihm gewählte Vertretung zur Arbeitsunfähigkeit verdammt werden würde. Wie können nicht annehmen, daß ein Oberkommissar des Wählerbundes, zumal ein englischer sowohl gehen wird. Zweifellos ist es doch viel leichter für eine einzelne Person eine repräsentative Wohnung zu finden, als eine Unterkunft für ein 120 Abgeordnete zählendes Parlament mit dem notwendigen dazugehörenden Verwaltungsapparat. Wir glauben auch, daß Danzig schon selbst bezüglich einer Rückweg geeignet, indem er von dem vielen Geld spricht, das er als Oberkommissar bezieht und hier in Danzig verbrachten will. Sehr oberflächlich ist es doch, daß Danzig dieses Geld zunächst am besten verwenden könnte, um sich eine entsprechende Unterkunft zu schaffen. Damit würde auch einer ganzen Reihe Arbeiter Lohn und Brot gegeben werden können, was jedenfalls zweckentsprechender wäre, als das Geld in gesellschaftlichen Veranschaffungen, von denen doch nur ganz wenige einen Vorteil oder Genuß haben.

Fund einer weiblichen Leiche.

Der Chemann wegen Mordverdachts verhaftet.

Gestern gegen Mittag wurde am Nehrungerweg die Leiche einer weiblichen Person aufgefunden, welche sofort als die Ehefrau des Kohlenhändlers Theodor Neumann, Nehrungerweg 1, ermittelt wurde. Blutspuren am Ohr sowie Würgemale am Hals ließen sofort die Vermutung hochkommen, daß die Frau nicht eines natürlichen Todes gestorben ist. Die Mordkommission unter Leitung des Kriminalinspektors Günther trat sofort in die Ermittlung ein und nahm den Chemann in Haft, welcher dringend verdächtig ist, seine Frau beiseite geschafft zu haben, um eine neue Ehe mit einer jugendlichen Person, mit der er schon lange verkehrt, eingehen zu können.

Die Neuwahl des ersten Vizepräsidenten des Volkstages soll in einer am Donnerstag stattfindenden Volkstagsitzung erfolgen. Es verlautet, daß die Deutsche Partei, die als zweitstärkste im Volkstag Anspruch auf die Besetzung dieses Postens hat, den Amtsgerichtsrat Dr. Boening in Vorschlag bringen wird.

Deutsche Vorklärungen für Abstimmungsreisende nach Oberschlesien. Zur Erleichterung der Einreise der im Ausland — wozu auch Danzig zählt — wohnenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier hat der Reichsminister des Innern bestimmt, daß zur Abstimmung reisende Oberschlesier für das Überschreiten der Reichsgrenze auf der Ein- und Rückreise weder eines deutschen Passes noch eines deutschen Einreise- oder Ausreisepaßes bedürfen. Sie müssen sich jedoch durch einen Personalausweis gemäß Artikel 25 der von der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitarkommission für Oberschlesien erlassenen Abstimmungsvoorschriften vom 30. Dezember 1920 als abstimmungsrechtlich ausweisen können. Für die Danziger, die zur Abstimmung nach Oberschlesien fahren, bedarf es demnach also außer der Abstimmungspapiere nur des Danziger Personalausweises, der falls die Reise durch den Anzeiger erfolgt, mit dem polnischen Visum versehen sein muß. Bei der Reise nach Deutschland per Schiff ist selbst dieses nicht erforderlich.

Die deutsche Poststelle in Danzig wird vom 2. Februar 21 vormittags eine Stunde länger als bisher für das Publikum geöffnet sein, nämlich von 9 bis 2 Uhr. Der Nachmittagsdienst an den Wochentagen von 5 bis 6 Uhr kommt dagegen wegen mangelnder Bediensteten von nun an in Fortfall. Der Sonntagsdienst von 11 bis 12 Uhr vormittags bleibt bestehen. Wo im Falle dringender Not der deutsche Sichtvermerk außerhalb der Dienststunden verlangt werden kann, ist aus dem Anschlag an Zimmer 8 ersichtlich.

Die frühlichen Bildvorträge für Kinder beginnen heute abend 5 Uhr in der Pfirsichstraße 111. Zum Vortag gelangen heute die Streiche der bösen Auben Mag und Morik. Karten sind noch in den bekannten Verkaufsstellen zu haben, ebenfalls von 4 1/2 Uhr ab, an der Abendkasse.

Verhaftete Betteliger. Die Arbeiter Ernst Steet, ohne feste Wohnung, und Paul Klebowski von hier haben auf einen gefälligen Bettelsticheln hin, aus einem Konfitüren-Geschäft Schokolade im Werte von 1500 Mark entwendet und diese für 450 Mark an zwei unbekannte Reisende auf dem hiesigen Bahnhofe verkauft. In einem anderen Falle

waren die Verkäuferinnen vorzüglicher und klüglicher die verlangte Ware nicht aus. Es gelang beide Betrüger auf dem Bahnhofe festzunehmen und dem Gericht zuzuführen.

Die Danziger Ernährungsschwierigkeiten.

Die in den letzten Wochen in unerträglicher Weise spürbar machen und für die bisher auf Seiten der Behörden keine abhelfenden Maßnahmen zu erkennen waren, haben der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Veranlassung gegeben, eine dringliche Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung zu stellen. Die Anfrage ist auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden.

Diebstahl eines Gewehrs von der Straßenbahn. Auf der Fahrt von Odra nach Danzig wurde einem Jagdbauern aus Odra sein wertvolles Drilling, den er auf dem Vorderperron der Straßenbahn stehen hatte, gestohlen. Der Täter, der sich gleichfalls auf dem Vorderperron befand, sprang in voller Fahrt über das Geländer und ergriff in Altschottland mit dem Gewehr die Flucht. Der Dunkelheit wegen hat eine Verfolgung nicht ausgenommen werden können und es gelang dem Täter zu entkommen. Personen, die hierüber Auskunft geben können, werden gebeten, sich auf der Kriminalpolizei zu melden. Bei Wiedererlangung des Gewehrs wird eine Belohnung zugesichert.

Als gestohlen angehalten wurde am Abend des 26. Jan. an der Brotfabrik am Schultenweg ein volles Faß mit grauer Oelfarbe von enormen Werte. Eigentümer können sich auf der Kriminalpolizei melden.

Kellerbrand im Warenhaus. Gestern abend 8 Uhr entdeckte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft in den Kellerräumen der Firma Potrykus u. Kuchel Feuer. Der sofort alarmierten Feuerwehr gelang es, den Brand in kurzer Zeit abzulöschen und dadurch ein weiteres Umsichgreifen des Feuers, das zweifellos größeren Schaden zur Folge gehabt hätte, zu verhindern. Gegen 10 Uhr konnte die Feuerwehr wieder abziehen.

Polizeibericht vom 1. Februar 1921. Verhaftet: 18 Personen, darunter: 4 wegen Diebstahls, 6 wegen Schaulustereintruchs, 2 wegen Mordverdachts, 1 zur Verhaftung aufgegeben, 2 in Polizeihast. — Ob d a h s o s 3 Personen.

Odra. Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstag, den 3. Februar, 7 Uhr abends, im Lokal Karlsruh (Jah. Brischke) seine Mitgliederversammlung ab. Vortrag des Genossen Gerid: „Die Umgruppierung der politischen Parteien im Freistaat“. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Sozialdemokratischer Sieg bei der Kreislagwahl in Stutthof.

Seit der Neuwahl der Kreislag wurde am letzten Sonntag die Wahl des Kreislagabgeordneten für Stutthof bereits zum dritten Male durch die Gemeindevertretung vorgenommen. Dabei erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Behrer Preuß, 10 Stimmen, Gemeindevorsteher Carl (deutschnational) 9 und der unabhängige Gemeindevorsteher Wobbe 1 Stimme. Damit ist Genosse Preuß zum Kreislagabgeordneten gewählt. Im Kreislag für Danziger Niederung ist nunmehr die Linke mit 18 und ebenfalls auch die Rechte mit 18 Abgeordneten vertreten. Die Neuwahl der Kreislag erfolgte bekanntlich am 13. Juni. Bei dieser wurde in Stutthof der Eigentümer Schöy (Soz.) mit 8 gegen 8 Stimmen gewählt, wobei das Los für unsere Genossen entschied. Die Wahl wurde eines Formfehlers wegen für ungültig erklärt. Am 8. August fand die neue Wahl statt, bei der der deutschnationale Gemeindevorsteher Carl mit 11 und der Genosse Schöy nur 9 Stimmen erhielt. Jedoch wurde auch diese Wahl wegen Formfehlers fallsetzt. So hat die Gemeindevertretung in Stutthof nun in Befolgung des alten Sprichwortes „Alle guten Dinge sind drei“ zum dritten Male gewählt und einen Sozialdemokraten in den Kreislag delegiert, somit auch das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Rechts und Links im Kreislag hergestellt.

Stutthof. Die Gemeindefeuer für 1919/20 soll laut Beschluß der Gemeindevertretung in der Weise aufgebracht werden, daß auf die staatlichen Einkommensteuerföhe von 6 bis einschließlich 52 Mark 200 Prozent, von 60 bis 146 Mark 400 Prozent und auf die höheren Sätze 500 Prozent Zuschlag erhoben werden sollen.

Liegenhof. Im großen Saale des Deutschen Hauses war zu Sonntag, den 30. Januar, von der sozialdemokratischen Partei eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Volkstagsabgeordnete, Genosse Werner, über „Ein Jahr Freistaatpolitik“ sprach. In zweifelhändigem Vortrage entwickelte Redner ein Bild über die Verhältnisse im Freistaat, wobei er besonders scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien Brandmarke, welche nach wie vor bestrebt sind, bei allen Gelegenheiten ihre verlorenen Machtpositionen zu sichern und die Arbeiterrechte in jeder Beziehung einzuzugewen. Demgegenüber müsse die minderbemittelte Bevölkerung bestrebt sein, mehr Einfluß auf den Gang der Politik zu gewinnen, was nur durch Zusammenschluß in der politischen Organisation, der S. P. D. zu erreichen sei. Diese werde auch nach wie vor, trotz aller Anfeindung von rechts und links eine zielklare Politik gegen Ausbeutung und Unterdrückung treiben. — In der Diskussion wurde besonders von den anwesenden Handarbeitern über das rigorose Verbot der Streikbestrebungen des Landproletariats zu unterdrücken verhandelt. Die Erwerbslosen-Unterstützung werde in den kleinen Gemeinden den Arbeitslosen verweigert, welche in diesen Fällen dem Hunger in die Arme gegeben wurden. Mit der Aufforderung, in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen, schloß Genosse Witt die anregend verlaufene Versammlung.

S. P. D. Parteinachrichten.

4. Bezirk (Schöy). Am Mittwoch, den 2. Februar, abends 7 Uhr, bei Steppuhn, Karlsruh Straße, Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. 1. Vortrag des Gen. Spill: Sozialismus und Sozialreform. 2. Verschiedenes.

Arbeiterjugend Danzig. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, Mä d c h e n a b e n d im Jugendheim, Am Spendhaus 6. Mittwoch, den 2. Febr., Wiederabend. Leitung Gen. Müller. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Standesamt vom 1. Februar 1921.

Todesfälle: L. d. Rutschers Frh. Rose, 5 M. — Arbeiterin Olga Malzahn, 48 J. 5 M. — L. d. Arbeiters Emil Pulinski, 1 J. 4 M. — Witwe Maria Fischer geb. Witte, 76 J. 4 M. — Arbeiter Gerbert Willy Wiesner, 29 J. 5 M. — S. d. Zollwachmeisters Wemmens Dingnan, 8 M. — Kirchhofswärter Wilhelm Ebermer, 49 J. 7 M. — Angeh. 1 S.

Letzte Nachrichten.

Danzig, 1. Febr. (P.M.). Gestern trafen hier zwei polnische Mitglieder des Danziger Senates, Herr Götlich und Herr Grawert ein. Das dritte Mitglied des Senates, Herr von, weiß noch in Paris.

Ein internationaler Bergarbeiterkongress in Wien.

Einer Meldung des „Lagebl.“ zufolge hat das internationale Bergarbeiterkomitee in seiner in London abgehaltenen Sitzung beschlossen, einen internationalen Bergarbeiterkongress in Wien abzuhalten. Der Beginn der Verhandlungen wurde auf den 8. August festgesetzt.

Die Erledigung der Eintragungsgesuche für die obereschlesische Abstimmung.

Dresden, 31. Jan. Die „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht eine angeblich amtliche Mitteilung der internationalen Kommission in Oppeln, nach der ein Abstimmungsbeauftragter, wenn er dem interalliierten Ausschuss innerhalb der vorgeschriebenen Frist ein Eintragungsgesuch eingereicht hat, es während der auf die Eintragungsfrist folgenden sieben Tage in Ordnung bringen kann. Sämtliche nach den Abstimmungsvoorschriften erforderlichen Ausweisepapiere müssen jeden Fall für Donnerstag, den 10. Februar, 6 Uhr abends, in den Händen des partiellischen Ausschusses sein.

Eine Moskauer internationale Gewerkschaftskonferenz.

Moskau, 31. Jan. Der internationale Rat der Gewerkschaftsverbände beruft zum 1. Mai in Moskau eine internationale Konferenz der revolutionären Gewerkschaftsverbände ein.

Amerika will keine Kriegsrüstungen mehr finanzieren.

Paris, 31. Jan. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Marion hat Hoover öffentlich erklärt, er sehe nicht ein, warum die Vereinigten Staaten die Kriegsschulden der Alliierten amulieren sollen, wenn diese Staaten für ihre Waffen mehr ausgeben, als notwendig ist.

Bolschewistische Propaganda in Frankreich.

Paris, 31. Jan. Nach einigen Abendblättern sollen bei den letzten bei russischen Kommunisten veranstalteten Gastmahlungen auch Beweise dafür erbracht worden sein, daß Geld aus Moskau nach Frankreich zu propagandistischen Zwecken geschickt würde. Die gemeldeten Verhaftungen hängen mit der Ausgabe falscher Pässe durch ein kommunistisches Bureau zusammen. Die bei den Verhafteten beschlagnahmten Papiere sind meist in russischer Sprache abgefaßt.

(Vielleicht steht mit diesem kommunistischen Passbureau auch das rätselhafte Auftauchen von Alara Zeitlin auf dem Parteitag in Lourde im Zusammenhang. D. Red.)

Paris, 31. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, wird die ständige beratende Kommission des Wählerbundes, die sich mit militärischen, maritimen und russischfahrtsfragen beschäftigt, am 28. Mai in Genf zu einer ihrer vier Tagungen zusammenzutreten. Sie wird sich u. a. mit der Kontrolle des Waffenhandels, mit der Gerüstung der Rüstungen und mit der Bleiwaffenindustrie beschäftigen.

Bremen, 31. Jan. (W. Z. B.) In den letzten Tagen waren Gerüchte im Umlauf, denen zufolge der am 24. Januar von Bremerhaven nach Newyork in See gegangene U.S.-Mail-Dampfer „Euquithanna“, (der vorher auch Danzig angelaufen hatte) in der Nordsee auf eine Mine gelaufen sei. Wie hierzu der Norddeutsche Lloyd mitteilt, hat er am 27. Januar über eine englische Station mit dem Dampfer in funkentelegraphischer Verbindung gestanden, als dieser sich im englischen Kanal befand. Außerdem wurde dem Norddeutschen Lloyd bekannt, daß der Kapitän des Schiffes in den letzten Tagen von der Reederei in Newyork dienstliche Anweisungen auf drahtlosem Wege empfangen habe. Das erwähnte Gerücht entbehrt daher offenbar der Begründung.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl. 7)	74 1/2	(am Vortage 74 1/2)
Dollar:	64 55	59 1/2
Englische Pfund:	240	220
Frank:	4,40	3,90

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 1. Februar 1921.			
	gestern	heute	gestern
Jawischost	1,24	1,22	1,36
Warschau	1,40	1,40	2,64
Thorn	1,18	1,18	2,82
London	1,09	1,09	6,74
Culm	1,01	1,01	4,61
Braunberg	1,14	1,14	2,04
Kurzbrack	1,54	1,54	0,16
Montaurerpipe	0,96	0,78	—
Piedel	0,96	1,10	—

Welschel: Einstreihen einzelner Schollen bezw. in 1/2 Strombreite.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Felix Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Odra. Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

Öffentliche Versteigerung.

Mittwoch, den 2. Februar 1921, vormittags 10 Uhr werde ich auf dem Seumarkt hiersebst, in einer Streifstraße für Rechnung dessen, den es angeht

1 Fuchswallach und 1 Rotshimmelwallach

meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Danzig, den 28. Januar 1921. Koernig, Gerichtsvollzieher, Danzig, Sandstraße 46. (2500)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Dienstag, den 1. Februar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten E 2.

Hoffmanns Erzählungen

Oper in 3 Akten, einem Vor- und einem Nachspiel
von J. Offenbach.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner.
Musikalische Leitung: Emil Trödel, Kapellmeister
Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.
Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1
Diva Iracé, Tragödie.
Donnerstag, abends 6^{1/2} Uhr. Dauerkarten B 1.
Carmen, Große Oper.

Gedania-Theater

Schönwalddamm 59/58

Ab heute! Nur bis einschli. Donnerstag!
(3618) Der schauerliche Spielplan!
Kim - Kip - Kop
Die Bestie des Todes!
Aus dem Grand Film in 3 großen spannenden Akten.
Das Abenteuer des Architekten Terzky
Filmpalast in 4 Akten und 4 Akten.
Koproduktion: Jura, Regisseur: Hansrich, Regie:
Der Kraftmeier
Führende Regie: ...

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bausmann
Konst. Leitung: Dr. Sigmund Kunstadt.
Heute Dienstag, den 1. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

Das Glücksmädel

Operette in 3 Akten
Musik von Otto Schwarz
Morgen Mittwoch, den 2. Februar
3 Zwillinge

Vorverkauf Endet tags v. 10-4 Uhr nur
im Drama-Haus Langgasse 59/70 statt
Sonntags 9-2 Uhr d. Theaterkasse
Nach Schluß der Vorstellung
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Käulen
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Künstlerspiele

Danziger Hof
Direkt.: Alex Braune Kunstl. Leit.-ng.: P. Pfeiffer

Das Bomben- Programm
im Monat Februar!

Elsa Krüger
John Hamilton
kom. Mai-Akt
Ella Lynowska
Tanzschönheit
Erich Chertou
Grotesk-Komik
Dasi und Nedl
Tanzpaar
2 Kaufmanns
Rollschiutänzerinn.
Tom Jersey
Handschattenkunst
Elsa Bittcher
Vortragskunst
Peter Pfeiffer
der Bekannte
Geschwister Döll
Expressionist. Tänze
Mahl Maska
Vortragskünstlerin

Anfang 7^{1/2} Uhr Sonntag nachmittag 4 Uhr

Künstlervielle
Original Wiener Schrammeln (352)
Naturkinger
Täglich 4-Uhr-See mit Tanzaufführungen

Rat und Auskunft

In wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen
und Mädchen jeden Mittwoch von 5-7 Uhr abends
Die Frauenkommission der S. P. D.
4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Volkstürsorge
Gewerkschaftlich-gewerkschaftliche
Volkstürsorge
Mittelschicht
Rein Polzeerverfall.
- Sterbehilfe. -
Günstige Tarife für
Erkrankte und Kranke
Auskunft in den Büros
der Arbeiterorganisationen
und von der
Schönungstraße 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Wattenbuden 35

Keine
Brennstoffnot!
Trockenes
**Stubben-
holz la**
Eichen und Kiefer
in Scheunen lagernd,
empfiehlt a. Zentner
Mk. 13.50 ab Lager
Wlth. Prillwitz,
Am Trumppfurn 7
(Nähe Wallplatz).
Es kommt nur Holz
zum Verkauf, welches
bis ca. 6 Wochen in
trockenen u. luftigen
Scheunen lagert!

W E I S S E W A R E N

UNSERE
SONDER-
VERKAUFS-
VERANSTALTUNG

in mächtigen Mengen

bringen wir zu unserer Sonderveranstaltung am
Sonntag, den 5. Februar 1921
zu ungewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.
Ueberraschen werden Sie unsere billigen Preise,
Bewundern unsere guten Qualitäten!
Beachten Sie unsere nächste Ankündigung!

FR E Y M A N N